

Übersichten

Mai 2003

Außenpolitik

1 Russland erstes Auslandsziel Hu Jintaos – eine strategische Wahl

Mit der Auswahl Moskaus als erstem Ziel einer Auslandsreise des neuen chinesischen Präsidenten Hu Jintao setzte die VR China ein deutliches Zeichen. Wie einst die USA Beijing zur Herstellung einer Achse gegen Moskau auserkoren hatten, so mutet nun auch die Betonung der russisch-chinesischen strategischen Partnerschaft beinahe wie die Formung einer Allianz gegen den großen Hegemon USA an. Allerdings nur beinahe, sind doch die wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen jedes der strategischen Partner mit den Vereinigten Staaten so intensiv, dass weder Beijing noch Moskau eine offene Konfrontation mit den USA suchen würden.

Dennoch saßen die USA in dem mehr als dreistündigen Gespräch, das Hu Jintao auf seiner ersten Auslandsreise als Präsident am 27. Mai in Moskau mit dem russischen Präsidenten Putin führte, immer auch als unsichtbarer Dritter mit am Tisch. Zwar hat-

te man auch bilaterale Angelegenheiten wie den Ausbau des wirtschaftlichen Austausches zwischen beiden Ländern zu besprechen, aber das Gemeinsame Kommuniqué richtet sich in seinen wichtigsten Passagen unausgesprochen gegen den großen Hegemon.

Beide Präsidenten versichern sich darin einander, sich gegenseitig auch weiterhin in der Wahrung der Einheit, Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität ihrer Länder unterstützen zu wollen, was zu den wichtigsten Bestandteilen ihrer strategischen Partnerschaft der Kooperation zähle – Taiwan und Tibet inklusive. Dann analysieren sie die gegenwärtige Weltlage jedoch als eine durch Machtpolitik und Unilateralismus neuerdings zusätzlich bedrohte, um dann einmütig zu erklären, für eine neue und multipolare Weltordnung einzutreten, in der den Vereinten Nationen eine zentrale Rolle zukommen solle.

Auch der Irak und Nordkorea fehlten nicht in den gemeinsamen Erklärungen Putins und Hus. So wird in dem Gemeinsamen Kommuniqué von den beiden Präsidenten im Hinblick auf die Errichtung der Nachkriegsordnung für den Irak neben der Entscheidungsgewalt für das irakische Volk, dessen Verfügungsgewalt über die Bodenschätze des Landes und einer zentralen Rolle der Vereinten Nationen ausdrücklich auch die Berücksichtigung der Interessen benachbarter und anderer betroffener Nationen – sprich Russlands und Chinas – gefordert.

Im Hinblick auf die ungelöste Krise um das nordkoreanische Atomprogramm heißt es, man schlage eine nuklearwaffenfreie Zone auf der koreanischen Halbinsel vor, verlange im Gegenzug zum Verzicht Nordkoreas auf sein Atomprogramm jedoch auch Sicherheitsgarantien sowie die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes – sprich wirtschaftliche Unterstützung. Der Schlüssel zur Lösung des Problems liege jedoch im politischen Willen der betroffenen Staaten USA und Nordkorea.

Im Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen zwischen Russland und China, die nach übereinstimmender Einschätzung beider als pragmatisch gelten, befassten sich Putin und

Hu intensiv mit dem angestrebten Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Der geplanten massiven Ausweitung der ökonomischen Kooperation, so beide nach dem als konstruktiv und freundlich charakterisierten Treffen, sollten zunächst in erster Linie die Lieferungen russischer fossiler Brennstoffe an China dienen. Hier konnte Hu Jintao im Zusammenhang mit der geplanten Ölpipeline vom sibirischen Angarsk nach Nachodka und ins chinesische Daqing einen kleinen Etappensieg in dem gegen Japan und Südkorea geführten Wettlauf um russisches Öl verzeichnen. Der chinesische Abschnitt der gespaltenen Pipeline, die nach russischem Willen beide Märkte befriedigen soll, wird zuerst fertig gestellt. Ein potenziell erheblicher Vorteil, schließlich ist bis heute ungeklärt, ob die vermuteten Ölvorkommen, die sowohl in Richtung China als auch in Richtung Japan fließen sollen, überhaupt für beide Abnehmer ausreichen werden.

Mit dieser Entscheidung, auf deren Basis von 2005 bis 2030 täglich 600.000 Barrel russischen Öls nach China fließen sollen, traf Moskau eine primär strategische Wahl zugunsten der VR China. Beide Seiten sprechen in ihrem Gemeinsamen Kommuniqué auch von einer prioritären Partnerschaft ihrer Länder auf dem Energiesektor. China kann jedoch offensichtlich nicht bis zur Fertigstellung der Pipeline warten. So wurde nur einen Tag nach dem ersten Gipfeltreffen Hu Jintaos mit Putin in Moskau zwischen der China National Petroleum Corporation (CNPC) und der russischen Yukos ein Vertrag über die Lieferung von sechs Mio. t russischen Öls nach China unterzeichnet. Für insgesamt 1,1 Mrd. US\$ soll der Nachschub an Schwarzem Gold schon ab dem 1. Juni 2003 für drei Jahre fließen – in Ermangelung einer Pipelineverbindung nun per Eisenbahn. (Interfax, 27.5.03, nach BBC PF, 28.5.03; Interfax, 28.5.03, nach BBC PF, 29.5.03; Xinhua, 27.5.03, nach BBC PF, 28.5.03; Xinhua, 27.5.03, nach BBC PF, 31.5.03; ZXS, 27.5.03, nach BBC PF, 28.5.03; ZXS, 28.5.03, nach BBC PF, 29.5.03; ZXS, 28.5.03, nach FBIS, 29.5.03; NZZ, 28.5.03; FT, 29.5.03) -kg-

2 China erstmalig zu Gast bei den G-8

Als Höhepunkt seiner ersten Auslandsreise im Amt des Staatspräsidenten nahm Hu Jintao am 1. Juni an dem informellen Nord-Süd-Dialogforum am Rande des jährlichen Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der G-8 teil. Hu Jintao war auf Einladung des französischen Präsidenten Chirac nach Evian gereist und hatte damit für China erstmalig eine Einladung zum Dialog mit dem „Verein der Reichen“ angenommen. Um eine Teilnahme beim G-8-Gipfel selbst handelte es sich jedoch nicht.

Dem eigenen Selbstverständnis nach agiert China nach wie vor als Sprecher der Entwicklungsländer und gefällt sich offiziell gegenüber den reichen Industrienationen weiterhin in der Rolle des größten und bevölkerungsreichsten Entwicklungslandes der Welt. Dennoch gebietet der Realismus der chinesischen Außenpolitik, die bislang primär auf die UNO setzte, offensichtlich eine größere Annäherung an die Industrienationen. Die Ambitionen und Interessen einer wachsenden auch industriellen Großmacht decken sich zunehmend weniger mit denen der Masse der Entwicklungsländer. Zwar lehnt China – anders als Russland, das im vergangenen Jahr in den erlauchten Kreis aufgenommen worden war – eine offizielle Mitgliedschaft noch ab, doch erscheint diese Haltung mehr auf strategischen Erwägungen zu beruhen als auf prinzipiellen Bedenken.

Auch die G-8 werden für China wohl zu einem wichtigen Forum zur Durchsetzung eigener Interessen werden, daran ließ auch Hu Jintao in seinem Beitrag zum Dialog in Evian wenig Zweifel. In einer Rede forderte er die entwickelten Staaten zu gemeinsamen Anstrengungen zur Belebung der Weltwirtschaft auf. Gerade die Reichen seien gefordert, ihren Beitrag durch effektive Maßnahmen der Finanz- und Währungspolitik ebenso wie durch notwendige wirtschaftliche Restrukturierungsanstrengungen und nicht zuletzt durch die Stützung der Inlandsnachfrage und eine Ausweitung der Importe zu leisten. Globalisierung, so Hu weiter, müsse auf der Unterschiedlichkeit der Systeme beruhen. Die Suche nach Gemeinsamkeiten

dürfe nicht in Gleichschaltung münden. Nur so, durch den Wettbewerb und das Lernen voneinander, könne der Weltwirtschaft Leben eingehaucht werden.

Weiterhin vertrat Hu die alte chinesische These, alle Staaten müssten unabhängig von ihrer Größe gleichberechtigt sein, wofür nur die Vereinten Nationen bürgen könnten, wo dieses Prinzip verwirklicht sei. Während er anschließend die entwickelten Industrienationen dazu aufrief, die Entwicklungsländer in ihren Anstrengungen für eine Entwicklung, für die Bekämpfung von Armut sowie den Schutz der Umwelt zu unterstützen, forderte er sie – hier zeigt sich das veränderte Selbstverständnis des größten Entwicklungslandes der Welt – ebenso auf, ihrer Verantwortung für die eigene wirtschaftliche Entwicklung besser nachzukommen.

Die Agenda Beijings ist deutlich. Als größtes Entwicklungsland beansprucht China die Rolle des Sprechers einer großen Zahl von schwachen Staaten im Hinblick auf eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Gleichzeitig vertritt es jedoch in der Auseinandersetzung um die Reorganisation der internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen zunehmend offen auch die spezifischen Interessen einer werdenden Großmacht. (FAZ, 24.5., 28.5.03; *Hsin Pao*, Hongkong, 28.5.03, nach FBIS, 2.6.03; ZXS, 1.6.03, nach FBIS, 2.6.03) -kg-

3 Ohrfeige für Beijing – US-Sanktionen gegen Norinco

Erstmalig verhängten die USA am 22. Mai ein auf zwei Jahre befristetes Importverbot für alle Güter des chinesischen Staatskonzerns North China Industries Corp. (kurz: Norinco). Man sei im Besitz von Beweisen, so die amerikanische Regierung zur Begründung dieses ausschließlich politisch motivierten Schrittes, für die Unterstützung des iranischen Raketenprogramms durch Lieferungen des chinesischen Rüstungskonzerns. Norinco habe trotz wiederholter diplomatischer Warnungen an die Adresse der chinesischen Regierung Technologien und Ausrüstung sowie Raketentreibstoff an den Iran geliefert, die in dessen

Programm zur Entwicklung und Herstellung von ballistischen Raketen geflossen seien. Amerikanische Beobachter sehen in den Sanktionen auch ein Scheitern der stillen Diplomatie.

Mit den nun verhängten Sanktionen wurden alle zukünftigen Importe von Produkten der North China Industries Corp. und deren Tochterunternehmen in die Vereinigten Staaten für illegal erklärt. Allgemein geht man davon aus, dass der chinesische Konzern bislang jährlich Waren im Umfang von 100-500 Mio. US\$ in die USA lieferte. Norinco war 1980 gegründet worden und gilt als einer der wirtschaftlichen Pfeiler des chinesischen Militärs. Im Zuge der Entflechtung der wirtschaftlichen Aktivitäten des chinesischen Militärs im Laufe der vergangenen Jahre war es auch Norinco gelungen, weit über den militärisch-technischen Komplex hinaus zu diversifizieren. Der Konzern mit seinen 82 Auslandsstandorten und 23 großen Tochterunternehmen ist in der Produktion der unterschiedlichsten Warengruppen von Rüstungsgütern über verschiedenste Produkte der Leichtindustrie, Chemikalien, optoelektronische Produkte, Baumaterialien und Getränke bis hin zu Motorrad-, Automobil- und Computerteilen tätig.

Von amerikanischen Beobachtern werden die nun verhängten und bislang in dieser Größenordnung beispiellosen Sanktionen gegen diesen Großkonzern mit engen Verflechtungen mit der chinesischen Regierung als deutliches Zeichen der Enttäuschung der Regierung Bush über Beijings mangelndes Entgegenkommen im Hinblick auf die US-Bemühungen um die Vermeidung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen gewertet. Dem Vernehmen nach hatte die US-Regierung bereits im Oktober des vergangenen Jahres Sanktionen gegen Norinco in Erwägung gezogen, diese jedoch mit Rücksicht auf das im November durchgeführte Gipfeltreffen mit dem damaligen chinesischen Präsidenten Jiang Zemin zurückgestellt. Im November, so heißt es, wären Sanktionen zur Unzeit gekommen, weil man auf Beijings Unterstützung im Sicherheitsrat in der Irak-Frage gehofft hatte. Im Januar sei die Nordkorea-Problematik hinzugekommen. Erst nach den enttäuschenden Ergebnissen der unter Vermittlung Chinas durchgeführten Gesprä-

che mit Nordkorea sowie der erfolgreichen Beendigung des Irak-Krieges sei die Zeit nun reif geworden für diesen außergewöhnlichen Schritt.

Während von Seiten Norincos zunächst keine Stellungnahme zu den gegen den Konzern verhängten Importsanktionen zu vernehmen war, von denen immerhin Einnahmeeinbußen bis zu mehreren hundert Mio. US\$ zu befürchten sind, kritisierte das chinesische Außenministerium diesen Schritt der US-Regierung mit Nachdruck. Zhang Qiyue, Sprecherin des Außenministeriums in Beijing, erklärte auf einer Pressekonferenz dazu, die chinesische Regierung betrachte die amerikanischen Sanktionen als völlig ungerechtfertigt und habe daher bereits vehement dagegen protestiert. Zhang zufolge verfüge China seit dem letzten Jahr über ein bindendes Regelwerk zur Kontrolle von Exporten von Raketen und Raketentechnologie, das sich im Einklang mit den relevanten Beschlüssen der internationalen Gemeinschaft befinde und effizient umgesetzt werde. Auf die seitens der USA gegen Norinco erhobenen Vorwürfe angesprochen erklärte Zhang, man habe diese ernsthaft geprüft und sei zu der Überzeugung gelangt, dass das betroffene chinesische Unternehmen seinerseits keinen Beitrag zur Unterstützung des iranischen Raketenprogramms geleistet habe. In den Sanktionen zeige sich daher vielmehr, dass die USA damit versuchten, ihre nationale Politik einseitig anderen Staaten zu oktroyieren. (WSJ, 23.5., 26.5., 27.5.03; FT, 24./25.5.03; NZZ, 24./25.5.03; ZXS, 27.5.03, nach BBC PF, 28.5.03; *The Economist*, 31.5.03) -kg-

4 Gewährt China Nordkorea Schutz?

Einem Bericht der *Straits Times* vom 3. Mai zufolge bietet China Nordkorea Sicherheitsgarantien gegen einen etwaigen Angriff seitens der Vereinigten Staaten an. Unter Berufung auf Regierungskreise in Beijing meldete die Zeitung, Beijing wolle unter bestimmten Bedingungen als Garant für die Sicherheit Nordkoreas fungieren.

Die Bedingungen, die die chinesische Regierung Nordkorea gestellt haben soll, seien ein Verzicht auf das Nuk-

learprogramm, die Unterlassung jeglicher Bedrohung der Sicherheit Südkoreas und Japans sowie die aktive Fortführung der Gespräche mit den USA. Auf chinesischer Seite sei jedoch nicht an eine direkte Konfrontation mit den USA zu denken. Vielmehr würde es sich um eine verstärkte Vermittler- und Schlichterrolle handeln, die darin bestehen könnte, Eskalationen aufgrund von Missverständnissen und so genannten Unfällen zu verhindern. Offiziell wurde von der chinesischen Regierung zu diesen Meldungen nicht Stellung bezogen.

Die Meldung kam nur wenige Tage nach den wenig erfolgreich verlaufenen Gesprächen zwischen Nordkorea und den USA in Beijing. Die Vereinigten Staaten hatten sich hier geweigert, im Falle eines Verzichts Nordkoreas auf sein umstrittenes Atomprogramm ein bindendes Nichtangriffsversprechen zu geben. Trotz dieses Ergebnisses stufte die gastgebende und vermittelnde chinesische Regierung die erste Gesprächsrunde als Erfolg ein. Zumindest hätten Verhandlungen überhaupt erst begonnen, so hieß es Mitte Mai in Beijing.

Ende des Monats war aus der chinesischen Hauptstadt zu vernehmen, man stehe als Gastgeber für weitere Gespräche bereit und schließe auch die bis dato abgelehnte Teilnahme weiterer Parteien, namentlich Japan und Südkorea, nicht mehr aus. Hinsichtlich der Struktur und des Formats zukünftiger Gespräche sei man flexibel, solange diese überhaupt fortgeführt würden. Aus Nordkorea hatte es schon Mitte des Monats positive Signale im Hinblick auf eine Teilnahme Japans und Südkoreas gegeben. Allerdings hatte man dies dort davon abhängig gemacht, dass diese beiden Staaten wirtschaftliche Hilfe an Nordkorea garantieren und auch realisieren würden. (ST, 3.5.03; ZXS, 13.5.03, nach BBC PF, 14.5.03; Kyodo news service, 27.5.03, nach BBC PF, 28.5.03) -kg-

5 SCO nun offizielle Regionalorganisation

Mit dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Shanghai Cooperation Organisation erhielt die vor zwei Jahren auf chinesische Initiative

hin gegründete SCO nun am 29. Mai in Moskau endlich auch ihre offiziellen Weihen. Mit ihren Unterschriften besiegelten die teilnehmenden Staatsmänner endgültig die Einrichtung formeller Strukturen ebenso wie die offiziellen Symbole der Regionalorganisation, deren Hymne und Flagge.

In seiner Rede anlässlich dieses historischen Treffens betonte der chinesische Präsident Hu Jintao vor seinen Amtskollegen aus Russland, Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan jedoch, dass noch viel Arbeit vor den Teilnehmerstaaten liege, wenn die Organisation auch mit Leben erfüllt werden solle. Hu sagte, eine solche Aufgabe zu beginnen, bedeute harte Arbeit, die Entwicklung hingegen sei noch weit schwieriger. Zufrieden zeigte sich Hu insbesondere darüber, dass die SCO bereits „internationale Stürme überstanden habe“, wie er es formulierte. Ohne dies explizit zu benennen, bildete hier deutlich die durch die Intervention in Afghanistan und die damit einhergehende amerikanische Militärpräsenz am Hindukusch und nicht zuletzt auch in den Teilnehmerstaaten der SCO den Hintergrund von Hus Äußerung.

Hu Jintao beschwor die anderen Mitgliedsstaaten, man müsse unbedingt gewährleisten, dass das Sekretariat der SCO noch vor Ablauf des Jahres seine Arbeit offiziell aufnehmen könne und die Anti-Terrorismus-Strukturen so schnell wie möglich eingerichtet würden. Im Hinblick auf die Kernaufgaben der Organisation forderte Hu dazu auf, den Kampf gegen die so genannten „Drei Mächte“, namentlich den Terrorismus, den Separatismus und den religiösen Radikalismus durch die Zerschlagung ihrer Finanzierungsquellen zu forcieren. Dies müsse in erster Linie durch die Bekämpfung des Drogenanbaus und -schmuggels geschehen.

Beide Punkte dieser chinesischen Agenda finden sich denn auch in leicht modifizierter Weise in der Gemeinsamen Erklärung der Staats- und Regierungschefs der SCO wieder. Darin wird mit dem chinesischen Botschafter in Russland, Zhang Deguang, der erste Generalsekretär der Shanghai Cooperation Organisation ernannt. Das Sekretariat solle demnach an seinem Sitz in Beijing spätestens zum 1. Januar

2004 seine Arbeit offiziell aufnehmen. Um weitere Verzögerungen zu vermeiden, hatte Hu Jintao zuvor angekündigt, dass China die notwendigen Büroräume zunächst kostenlos zur Verfügung stellen werde.

Die Einrichtung fester Anti-Terror-Strukturen in Bishkek dürfte allerdings noch auf sich warten lassen, wurde doch die Entscheidung über das Budget in der Gemeinsamen Erklärung dem nächsten regulären Treffen der Regierungschefs im Herbst in Shanghai überantwortet. Der chinesische Wunsch nach einer intensiveren Bekämpfung des illegalen Drogenhandels findet sich in dem Abschlussdokument wieder. Allerdings wurde gleichrangig auch die Fahndung nach einfach herstellbaren giftigen bzw. chemischen Materialien mit in die Agenda aufgenommen. Vor Ende des Jahres wollen die Mitgliedsstaaten eine gesonderte Kooperationsvereinbarung in diesem Bereich unterzeichnen.

Ebenfalls für das nächste Gipfeltreffen ist die Formulierung geeigneter Maßnahmen geplant, um den wirtschaftlichen Austausch zwischen den Mitgliedsstaaten zu fördern. Hu Jintao hatte in seiner Rede in diesem Zusammenhang insbesondere die Bereiche Kommunikation und Verkehr als drängendste Aufgaben identifiziert. Hu wusste sich dabei offensichtlich in Übereinstimmung mit den zentralasiatischen Republiken. So betonte etwa der usbekische Präsident Karimov in einem bilateralen Gespräch am Rande der Konferenz, er wünsche sich den Ausbau der Transportwege in der Region, den freien Transit chinesischer Güter durch sein Land und für Usbekistan den ungehinderten Zugang zu den chinesischen Häfen.

Die Staatsmänner widmeten sich jedoch keineswegs nur internen Fragen der SCO. Als Organisation, die sich dem eigenen Selbstverständnis zufolge der Errichtung einer neuartigen Sicherheitspartnerschaft verschrieben hat, kommentierte die SCO in der Gemeinsamen Erklärung der Staats- und Regierungschefs auch die internationale Ordnung. Für die Mitgliedsstaaten der SCO ist demnach von fundamentaler Bedeutung, dass den Vereinten Nationen und dem Welticherheitsrat auch zukünftig die zentrale Rolle in der Lösung interna-

tionaler Fragen und Konflikte zu fallen solle. Nicht zuletzt in Zuge des Wiederaufbaus des Irak müsse die UNO zur Sicherung der nationalen Interessen des irakischen Volkes und der Souveränität des Irak die Führungsrolle ausfüllen. (Xinhua, 29.5.03, nach BBC PF, 31.5.03; Xinhua, 29.5.03, nach BBC PF, 30.5.03; ITAR-TASS, 29.5.03, nach BBC PF, 30.5.03; Interfax, 29.5.03, nach BBC PF, 30.5.03; XNA, 30.5.03; Uzbek Television, 29.5.03, nach BBC PF, 30.5.03; Channel One TV, Moskau, 29.5.03, nach BBC PF, 30.5.03) -kg-

6 Ungewöhnlich deutliche Worte aus London

Gleich zwei Telefonkonferenzen führten die Außenminister der VR China, Li Zhaoxing, und Großbritanniens, Jack Straw, Anfang Mai zusammen. Im ersten Gespräch am 6. Mai waren in erster Linie die Lungenkrankheit SARS und deren Bekämpfung in China die Themen des telefonischen Austauschs. Offensichtlich nicht zuletzt aufgrund der internationalen Kritik betonte Li Straw gegenüber, die chinesische Regierung habe im Zusammenhang mit der Bekämpfung von SARS überaus verantwortungsbewusst gehandelt und der Gesundheit und dem Leben des chinesischen Volkes zu jeder Zeit oberste Priorität eingeräumt. Aus demselben Grund besitze die regionale und internationale Kooperation in dieser Frage für die VR China überragende Wichtigkeit. Straw seinerseits konnte seinem chinesischen Amtskollegen gegenüber die Mitteilung machen, Großbritannien habe beschlossen, China über internationale Organisationen zunächst fünf Mio. US\$ zur Verfügung zu stellen und diese Hilfe gegebenenfalls später auch noch erweitern zu wollen.

Nur fünf Tage später standen im zweiten Telefongespräch zwischen beiden außenpolitische Themen im Mittelpunkt. Im Hinblick auf die weitere Zukunft des Irak versicherte Straw, das Vereinigte Königreich wünsche die Errichtung einer aus Wahlen hervorgegangenen irakischen Regierung zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Li Zhaoxing wiederholte den chinesischen Standpunkt, dass die Errichtung einer Nachkriegsordnung im Irak im

Rahmen der Vereinten Nationen erfolgen solle.

Im Hinblick auf den von den USA vorgelegten Friedensplan für Israel/Palästina begrüßten beide diese Initiative. Li sagte, sein Land hoffe auf eine baldige Wiederaufnahme der Friedensgespräche und kündigte an, China sei zur Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft und Großbritannien bereit und habe deshalb mit Botschafter Wang Shijie einen eigenen Sonderbotschafter für den Nahen Osten bestellt, um auf diese Weise eine friedliche Lösung der Nahostfrage zu fördern.

Auch die unter Beteiligung Chinas erfolgten Gespräche zwischen den USA und Nordkorea fanden ihr Echo in dem telefonischen Meinungsaustausch der beiden Außenminister. Li, der Straw darüber informierte, betonte erneut die chinesische Haltung, die Probleme müssten einer friedlichen Lösung auf dem Verhandlungswege zugeführt werden. Im Übrigen hoffe China, die beteiligten Parteien mögen sich den politischen Willen zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten bewahren und von Schritten absehen, die zu einer Eskalation der Problematik führen könnten.

Gab es zwischen den beiden Außenministern praktisch keine offen ausgesprochenen Meinungsverschiedenheiten, so traten diese Mitte Mai recht deutlich in einer Rede Tony Blairs anlässlich einer Konferenz des China-Britain Business Council in London zutage. Blair, dessen Rede aufgrund von anderweitigen terminlichen Verpflichtungen vom stellvertretenden Premierminister John Prescott verlesen wurde, appellierte darin an die chinesische Regierung, sich den großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen in China auch politisch zu stellen. So seien Maßnahmen seitens der chinesischen Regierung wünschenswert, die zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage führten. Auch sollten der Bekämpfung der Armut im ländlichen Raum, wirtschaftlichen Reformen und dem Umweltschutz größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

In der von Prescott verlesenen Rede erkannte Blair zwar die Fortschritte Chinas an, die im Zusammenhang mit dessen Beitritt zur WTO erreicht wor-

den seien. Dennoch bereiteten etwa auf chinesischer Seite bestehende Handelsschranken und die Verletzung geistiger Eigentumsrechte britischen Unternehmen, die sich in China engagieren wollten, nach wie vor große Kopfschmerzen.

Die britische Chinapolitik besitze nach Blairs Ausführungen die folgenden Kernelemente: Zunächst wolle man China dabei helfen, wirtschaftliche Reformen durchzuführen und die Armut zu bekämpfen. Die Maßnahmen müssten dabei insbesondere auf die Verminderung der riesigen Einkommensgefälle sowie auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgestellt sein. Die Herausforderungen seien hierbei jedoch keineswegs nur ökonomischer Natur, sondern lägen auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich. Entsprechend müsse China zu einem Umbau seines politischen Systems ansetzen, um den enormen ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen zwanzig Jahre stärker Rechnung zu tragen.

Da alle Entwicklungen in China, so der Inhalt der Rede Blairs weiter, auch Risiken und Herausforderungen für die asiatische Region und die Welt bürgen, wolle Großbritannien hier als Partner bereitstehen. Man hoffe auf diese Weise einen Systemwechsel zu fördern, der im Ergebnis nicht zuletzt zu einer verbesserten Menschenrechtssituation in China und zur Etablierung der Rechtsstaatlichkeit führe. Im Hinblick auf Hongkong bekannte sich Blair zu der politischen und moralischen Verpflichtung seines Landes, die in der Joint Declaration und im Grundgesetz der einstigen Kronkolonie verbrieften Rechte der dortigen Bevölkerung zu wahren.

Wu Yi, die stellvertretende chinesische Premierministerin und zugleich Gesundheitsministerin, die zunächst ebenfalls als Rednerin eingeladen war und aufgrund der SARS-Epidemie in China nicht teilnehmen konnte, verteidigte in der in ihrem Namen verlesenen Rede den politischen Umgang der chinesischen Regierung mit der Virus-erkrankung. Die Maßnahmen Chinas bezeichnete sie im Einklang mit der offensichtlich von Regierungsseite intern festgelegten offiziellen internationalen Sprachregelung als „höchst ver-

antwortlich“. (Xinhua, 6.5.03, nach BBC PF, 7.5.03; Xinhua, 11.5.03, nach BBC PF, 12.5.03; ST, 15.5.03) -kg-

7 Keine Kompensation für chinesische Opfer japanischer Chemiewaffenaltlasten

Das Distriktgericht von Tokyo hat im Mai in erster Instanz eine Klage einer Gruppe von fünf Chinesen aus der Provinz Heilongjiang zurückgewiesen, die sich durch japanische Chemiewaffen aus dem Zweiten Weltkrieg geschädigt fühlten und daher 1997 auf eine Entschädigung in Höhe von 80 Mio. Yen geklagt hatten. Die Kläger hatten angegeben, nach Kriegsende durch japanische Chemiewaffen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von der japanischen Armee in China zurückgelassen worden waren, gesundheitliche Schädigungen erlitten zu haben. Rund 37 Jahre – von 1950 bis 1987 – seien sie dem japanischen Giftgas ausgesetzt gewesen.

Mit dem nunmehr ergangenen abschlägigen Urteil wird im Hinblick auf mögliche zukünftige Schadenersatzforderungen aus China und anderen einst von der japanischen Armee besetzten Gebieten ein Präzedenzfall geschaffen. Allein in China waren von der japanischen Armee 700.000 Bomben zurückgelassen worden, die meisten gefüllt mit Senfgas. Vier der fünf Kläger hatten angegeben, sie hätten Erkrankungen der Atemwege und der Haut erlitten, nachdem sie die aus den Waffen aufsteigenden Gifte inhaled hätten. Noch immer litten viele derer, die mit den Waffen in Berührung kamen, unter den langfristigen Folgen. Dazu gehörten Kopfschmerzen und steife Glieder. Einer der Kläger hatte sogar fast sein Augenlicht verloren, nachdem eine Bombe in seinem Garten explodiert war.

Der Vorsitzende Richter Takashi Saito konzidierte in seiner Begründung des Urteils jedoch, es könne wenig Zweifel daran bestehen, dass die Kläger von den zurückgelassenen Chemiewaffen in ihrer Gesundheit beeinträchtigt worden seien. Es sei aber eine gesetzeswidrige Handlung gewesen, die Waffen in China zurückzulassen. Hätte Japan unmittelbar nach dem Krieg eine Untersuchung eingeleitet, wäre man wohl auch zu der

Erkenntnis gelangt, dass von zurückgelassenen Waffen wahrscheinlich gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung der betroffenen Gebiete ausgehen würden. Gleichwohl sei eine solche Untersuchung angesichts der damaligen politischen Lage nicht möglich gewesen. Japan habe erst 1978 einen Friedensvertrag mit China unterzeichnet, und die offizielle Aufforderung der chinesischen Regierung, Japan möge die militärischen Altlasten in China beseitigen, sei erst 1990 erfolgt. Eine Verhinderung der Schäden, die die chinesischen Kläger zur Begründung ihrer Klage vor dem japanischen Gericht vorgetragen hatten, hätte somit objektiv außerhalb der Macht der japanischen Regierung gelegen. Während die chinesische Seite den Standpunkt vertritt, Japan habe die Pflicht gehabt, alle zurückgebliebenen Waffen zu suchen, zu bergen und etwaigen Schaden abzuwenden, ist man auf japanischer Seite der Meinung, man habe nicht gewusst, wo die Waffen lagerten, und die politische Lage habe ohnehin eine Bergung verhindert.

Richter Saito fügte nach der Verlesung des Urteils jedoch an, dass die moralische Verantwortung der japanischen Regierung auf einem anderen Blatt stehe als die juristische. Die Kläger entschieden daraufhin, juristisch gegen das Urteil vorzugehen, und ihre Anwälte forderten von der japanischen Regierung darüber hinaus eine politische Entscheidung, um den Geschädigten doch noch zu ihrem Recht zu verhelfen. Angesichts der politischen Brisanz des Prozesses bleibt daher einstweilen abzuwarten, ob sich Tokyo doch noch aus humanitären und moralischen Erwägungen heraus zu einer Entschädigung der kranken Chinesen durchringen wird. Eine Stellungnahme seitens der japanischen Regierung blieb jedoch zunächst aus. Von einem hochrangigen Regierungsvertreter wurde in diesem Zusammenhang lediglich verlautbart, Japan wolle seine Anstrengungen zur Beseitigung chemischer militärischer Altlasten vergrößern und werde alles tun, um weiteren Schaden zu verhindern.

Bislang existiert lediglich ein Fall, in dem sich Japan zu Entschädigungszahlungen gezwungen sah. Dabei handelt es sich um die juristische Aufarbeitung des so genannten „Hanaoka-Zwischenfalls“, die im Jahr 2000

nach langwierigen juristischen und politischen Verhandlungen schließlich in die auf japanischer Seite bisher einzige offizielle und schriftliche Entschuldigung und die Errichtung eines mit mehr als vier Mio. US\$ ausgestatteten Kompensationsfonds mündeten. Grund für die damalige erfolgreiche Klage war ein Aufstand der ca. 700 chinesischen Zwangsarbeiter eines japanischen Lagers und dessen blutige Niederschlagung im Juni 1945 gewesen, der mehr als 130 Opfer unter den Lagerinsassen gefordert hatte. (*Asahi Shinbun*, 16.5.03; *The Japan Times*, 16.5.03; *The Daily Yomiuri* online, 16.5.03; Xinhua, 23.5.03, nach BBC PF, 24.5.03; Kyodo News Service, 15.5.03, nach BBC PF, 16.5.03; XNA, 30.5.03) -kg-

8 Hu und Koizumi: Treffen auf neutralem Boden

Schon längere Zeit bemüht sich Japan um ein Treffen Koizumis mit der neuen chinesischen Staatsführung. Die japanische Außenministerin Kawaguchi war von ihrem Chinabesuch Anfang April jedoch noch erfolglos wieder nach Japan zurückgekehrt. Es blieb offensichtlich dem Generalsekretär der regierenden Liberaldemokratischen Partei Japans, Yamasaki, vorbehalten, mit seiner Schönwetter-Delegation Mitte Mai den Weg für ein Treffen zwischen Hu Jintao und Koizumi zu bereiten. Yamasaki hatte der chinesischen Führung einen Brief des japanischen Premierministers überbracht, in dem er seinen Wunsch für eine Verbesserung der Beziehungen beider Länder zum Ausdruck brachte. Koizumi war in Beijing aufgrund eines erneuten Besuchs des Yasukuni-Schreins Anfang des Jahres wieder einmal in Ungnade gefallen.

In China selbst blieb der japanische Premier weiterhin unerwünscht. Die beste Gelegenheit für ein erstes Gespräch mit dem neuen chinesischen Präsidenten Hu Jintao ergab sich daher im Rahmen der Feierlichkeiten zum 300. Gründungsjubiläum von St. Petersburg in Russland Ende Mai. Am Morgen des 31. trafen Koizumi und Hu hier zu einem ersten Kennenlernen und zum Austausch üblicher Nettigkeiten zusammen. Hu betonte die erfreulichen Erfahrungen der keineswegs

immer problemlosen chinesisch-japanischen Freundschaft, verzichtete dabei erwartungsgemäß aber auch nicht auf die Mahnung an Japan, das Land müsse historische Fragen ebenso wie die Taiwan-Problematik mit großer Umsicht behandeln. Nur auf diese Weise, so Hu weiter, könne die Basis für die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen gesichert werden. Die Taiwan-Frage hatte Hu erwähnt, weil Japan sich zuvor in Gegnerschaft zur VR China offen für einen Beobachterstatus Taiwans bei der Jahreskonferenz der Weltgesundheitsorganisation WHO ausgesprochen hatte. (SCMP, 12.5., 20.5.03; Xinhua, 19.5.03, nach BBC PF, 20.5.03; ZXS, 31.5.03, nach FBIS, 2.6.03) -kg-

9 SARS: Konflikte um Taiwan und die WHO

In einer humanitären Geste und aufgrund der Besorgnis der chinesischen Regierung um die Gesundheit und das Wohl der Landsleute in Taiwan, so Regierungssprecher in Beijing, stimmte die chinesische Regierung Anfang Mai erstmals der Entsendung von Experten der WHO nach Taiwan zu. Taiwan ist nicht Mitglied der Weltgesundheitsorganisation, weshalb Beijing bislang jeden offiziellen Kontakt blockierte. Im Zusammenhang mit den eigenen Vertuschungsversuchen in Sachen SARS selbst international in die Kritik geraten, konnte die chinesische Regierung nun dem Hilfersuchen des von SARS ebenfalls hart getroffenen Taiwan schlecht aus politischem Kalkül eine Absage erteilen. Aus politischen Erwägungen vermieden die beiden WHO-Experten jedoch während ihres Aufenthalts in Taiwan jeglichen Kontakt mit offiziellen Vertretern der taiwanesischen Regierung, schließlich gilt auch für die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen das Ein-China-Prinzip, das eine Mitgliedschaft Taiwans ausschließt.

Immer wieder hat sich jedoch Taiwan seit 1997 um einen Wiederbeitritt auch in die WHO bemüht, nachdem es seinen Platz dort ebenso wie in den Vereinten Nationen 1972 zu Gunsten der Volksrepublik China hatte räumen müssen. Vorangetrieben hatte Taiwan dieses Begehren in den vergangenen sechs Jahren wie auch diesmal jeweils

anlässlich der jährlich stattfindenden World Health Assembly. Auch diesmal war es Taiwan Mitte Mai gelungen, mit den Marshall Inseln einen der 192 Mitgliedsstaaten für sich zu gewinnen, um einen offiziellen Antrag auf Zulassung Taiwans zur diesjährigen Konferenz mit dem Status eines Beobachters bei der Organisation zu stellen.

Auch in diesem Jahr setzte aber die VR China alle diplomatischen Hebel in Bewegung, um schon im Vorfeld eine Abstimmung über einen solchen Antrag zu verhindern. Nach chinesischer Lesart entbehre eine wie auch immer geartete Teilnahme an der Konferenz selbst sowie die Mitgliedschaft Taiwans in der WHO jeglicher rechtlicher Basis, da Taiwan Provinz Chinas und die Konferenzteilnahme bzw. WHO-Mitgliedschaft in einer Unterorganisation der Vereinten Nationen souveränen Staaten vorbehalten sei, so das Außenministerium. Es handle sich bei diesem Unterfangen Taiwans wie auch schon in den zurückliegenden sechs Jahren um ein politisches Manöver der taiwanesischen Separatisten, die sich lediglich des Deckmäntelchens der Gesundheitsfragen bemächtigt hätten.

Angesichts des schlechten Lichts, in dem sich die chinesische Regierung im Zusammenhang mit ihrem anfänglichem Umgang mit der SARS-Epidemie selbst international sieht, wurden alle diplomatischen Register gezogen, damit die Stimmungslage Taiwan nicht unvorhergesehene außenpolitische Erfolge beschere. So überbrachten die chinesischen Emissäre in Genf beispielsweise persönlich den Gesandten taiwanfreundlicher Nationen Briefe der chinesischen Regierung, in denen diese den Antrag auf Teilnahme eines taiwanesischen Beobachters an der bevorstehenden World Health Assembly als „unmoralisch“ bezeichnete und ein derartiger Vorschlag und unabhängig vom möglichen Ausgang einer etwaigen Abstimmung allein schon eine „ernste Verletzung der Regeln der Vereinten Nationen“ darstelle.

Diesmal schien der Wind Beijing jedoch ungewohnt stark ins Gesicht zu blasen, hatten doch im Vorfeld der vom 19. bis 28. Mai in Genf durchgeführten Versammlung erstmals die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und Japan deutlich gemacht,

dass sie angesichts der SARS-Epidemie die Entsendung eines offiziellen Beobachters durch Taiwan unterstützen würden. Der angesichts dieser Haltung eigens nach Washington und Tokyo entsandte stellvertretende chinesische Außenminister Wang Yi konnte dort offensichtlich jedoch gerade noch rechtzeitig erfolgreiche Lobbyarbeit betreiben, denn der von den Marshall Inseln eingebrachte Antrag auf Teilnahme Taiwans wurde am Beginn der Jahresversammlung am 19. Mai durch den Vorsitzenden als nicht zulässig abgelehnt.

Die Volksrepublik reagierte befriedigt über die neuerliche außenpolitische Schlappe für Taiwan und betonte, sie hätte angesichts der Tagesordnung der Konferenz, in deren Mittelpunkt die internationalen Maßnahmen gegen SARS standen, keineswegs etwas gegen die Entsendung taiwanesischer Gesundheitsexperten einzuwenden gehabt. Diese hätten jeder Zeit als Mitglieder der chinesischen Regierungsdelegation teilnehmen können, hieß es Ende des Monats aus Beijing. Ferner hätte die chinesische Regierung zu keinem Zeitpunkt den Informationsfluss zwischen der WHO und Taiwan blockiert, solange dieser auf einem angemessenen Niveau und ohne taiwanesischen Regierungsvertreter stattfände. Im Übrigen seien taiwanesischen Experten aus dem Gesundheitssektor sowohl auf dem WHO-Seminar für Epidemiologen als auch auf den mit SARS befassten regionalen Konferenzen im Juni in Malaysia und Beijing mehr als willkommen.

Das Angebot der chinesischen Regierung, angesichts der Verschärfung der Lage in Taiwan der Insel 200.000 Schutzanzüge und 100.000 Atemmasken zu spenden, wurde von taiwanesischer Seite mit harten Worten zurückgewiesen. Bei dem seitens der chinesischen Regierung geäußerten Mitgefühl handele es sich lediglich um geheuchelte Hilfsbereitschaft. Was angeboten wurde, besitze man selbst im Überfluss, und die Krokodilstränen der VR China benötige man am allerwenigsten, so ein führender Vertreter der Regierungspartei DPP. (WSJ, 3.5., 14.5.03; Xinhua, 8.5.03, nach BBC PF, 11.5.03; Xinhua, 13.5.03, nach BBC PF, 14.5.03; Xinhua, 19.5.03, nach BBC PF, 21.5.03; Xinhua, 20.5.03, nach BBC PF, 22.5.03; Xinhua,

26.5.03, nach BBC PF, 27.5.03; XNA, 4.5., 9.5., 14.5., 16.5., 17.5., 21.5.03; ST, 17.5.03; ZXS, 28.5.03, nach BBC PF, 30.5.03; SCMP, 27.5.03; Kyodo news service, 13.5.03, nach BBC PF, 14.5.03) -kg-

10 SARS: Nachbarstaaten schließen die Grenzen

Aufgrund der steigenden Zahl von SARS-Verdachtsfällen unter Chinesen, die den Grenzübergang Heihe-Blagoweschchensk im russischen Fernen Osten nutzten, wurde dieser Grenzübergang – einer der wichtigsten der Region – am 6. Mai für die Einreise von chinesischen Staatsbürgern geschlossen. Russische Staatsangehörige waren von dieser Maßnahme zunächst nicht betroffen. Am 8. Mai schließlich wurde der Grenzverkehr jedoch vollständig ausgesetzt.

Ebenfalls am 6. Mai wurde von den russischen Gesundheitsbehörden bekannt gegeben, dass mit sofortiger Wirkung generelle Einreisebeschränkungen für Chinesen und Bürger der Mongolei eingeführt würden, um ein Übergreifen der in verschiedenen Regionen Chinas und der Mongolei grassierenden SARS-Epidemie auf russisches Territorium zu verhindern. Nur zwei Tage später wurde seitens der russischen Zivilluftfahrtbehörde der gesamte zivile Flugverkehr zwischen Russland, China, Hongkong und Taiwan ausgesetzt. Diese Maßnahme betraf zunächst offensichtlich Passagier-, Fracht- und Postflüge der staatlichen Fluggesellschaften, die Ankündigung eines möglichen zeitweiligen Verbots jeglicher Flüge wurde jedoch auch den privaten russischen Fluggesellschaften zugeleitet.

Mitte Mai wurden auf Anordnung der russischen Gesundheitsbehörde schließlich 31 der insgesamt 52 offiziellen Grenzübergänge zwischen Russland auf der einen und China sowie der Mongolei auf der anderen Seite vollständig geschlossen. Dabei handelte es sich zum einen um solche Übergänge, die traditionell nur sehr schwach frequentiert waren, zum anderen jedoch auch um all jene, an denen ein vereinfachtes Grenzkontrollregime praktiziert wurde. Die bedeutendsten Übergänge hingegen sollten weiterhin geöffnet bleiben. Allerdings

war auch hier das Reiseaufkommen bis zu diesem Datum bereits auf ein Zehntel des zuvor üblichen Volumens zurückgegangen.

In Heihe-Blagoweschchensk blieb das generelle Ein- und Ausreiseverbot bis zum 26. Mai gültig. Mit diesem Datum wurde der Grenzübergang aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung, allerdings mit erheblichen Einschränkungen, wieder geöffnet. Seither werden täglich maximal 200 Personen in beiden Richtungen abgefertigt. Diese müssen sich auf beiden Seiten der Grenze einer eingehenden medizinischen Untersuchung unterziehen, hieß es aus russischen Quellen. Weiterhin von der Einreise nach Russland ausgenommen bleiben Einwohner der chinesischen Provinzen, die als SARS-Gebiete gelten. Russischen Staatsbürgern wurde nahe gelegt, diese Regionen in China zu meiden.

Auch die zentralasiatischen Nachbarstaaten Chinas verfügten seit Anfang Mai sukzessive die Schließung ihrer Grenzen mit China für Waren- und Personenverkehr und setzten auch die Flugverbindungen aus. Während Kasachstan anders als Russland auch den eigenen Staatsbürgern die Ausreise nach China verbat, erlaubte Kirgistan trotz für den Normalverkehr geschlossener Grenzübergänge zumindest die Rückreise von Chinesen nach China. Kirgisen, die aus China zurückkehrten, wurden für zehn Tage unter medizinische Beobachtung gestellt.

Von Behörden in Xinjiang hieß es Mitte Mai, auch die Übergänge nach Pakistan seien geschlossen. Dabei handele es sich ohnehin um Grenzübergänge, die nur im Sommer geöffnet seien, deren diesjährige Öffnung aufgrund der SARS-Epidemie derzeit jedoch bis auf weiteres verschoben wurde. Lediglich der Frachtverkehr auf der Eisenbahnlinie zwischen Xinjiang und Kasachstan blieb von der Grenzsperrung seitens des zentralasiatischen Landes unberührt. Am 19. Mai wurde dann auch die Wiedereröffnung der Grenzübergänge für Lastwagen bekannt gegeben. Allerdings, so hieß es, würden die Fahrer und Begleitpersonen im Frachtverkehr eingehender Gesundheitskontrollen unterzogen. (Radio Russia, Moskau, 6.5.03, nach BBC PF, 7.5.03; ITAR-TASS, 6.5.03, nach BBC PF, 7.5.03; ITAR-

TASS, 7.5.03, nach BBC PF, 8.5.03; Interfax, 8.5.03, nach BBC PF, 9.5.03; Interfax, 15.5.03, nach BBC PF, 16.5.03; RIA news agency, Moskau, 26.5.03, nach BBC PF, 27.5.03; Interfax Kasachstan, 5.5.03, nach BBC PF, 6.5.03; Interfax Kasachstan, 8.5.03, nach BBC PF, 9.5.03; Interfax Kasachstan, 19.5.03, nach BBC PF, 20.5.03; Asia-Plus news agency, Dushanbe, 7.5.03, nach BBC PF, 8.5.03; Kyrgyz Radio, 14.5.03, nach BBC PF, 15.5.03; ZXS, 16.5.03, nach BBC PF, 18.5.03) -kg-

11 SARS: Japan hilft China mit Geld und Experten

Aus Furcht vor einem Übergreifen auf das eigene Land unterstützt Japan die chinesische Regierung in ihren Bemühungen, eine weitere Ausbreitung von SARS in China zu unterbinden. Zu diesem Zweck stellte Japan jüngst personelle und finanzielle Unterstützung bereit. Die finanzielle Hilfe für China beläuft sich auf insgesamt ca. 14,9 Mio. Dollar, die vor allem dem zügigen Ankauf von medizinischen Geräten und Medikamenten dienen sollen. Zunächst wurde von der japanischen Botschaft in Beijing jedoch eine Spende von mehr als 77.000 US\$ übergeben, die dem Ankauf von 20.000 Schutzanzügen für das Krankenhauspersonal der Stadt dienen soll.

Zusätzlich traf Mitte Mai eine Gruppe von japanischen Experten in der chinesischen Hauptstadt ein. Die Gruppe bestand aus zwei Ärzten des International Medical Center of Japan, einem Beamten aus dem Außenministerium und einem entsandten der Japan International Cooperation Agency (JICA). Ziel dieser personellen medizinischen Hilfe ist es, die Ansteckung innerhalb von Krankenhäusern zu verhindern. Die Arbeit konzentrierte sich dabei im Mai zunächst allein auf das China-Japan-Freundschaftskrankenhaus in Beijing, das Ende April als Klinik zur Behandlung von SARS-Patienten ausgewiesen worden war. (*Asahi Shinbun*, 12.5.03; *Japan Times*, 12.5.03; SCMP, 12.5.03; XNA, 17.5.03; Kyodo news service, 11.5.03, nach BBC PF, 12.5.03) -kg-

12 China zeigt Präsenz im Nahostkonflikt

In der Person seines Nahost-Sonderbotschafters Wang Shijie zeigt die Volksrepublik China seit einiger Zeit verstärkt Präsenz, Interesse und eigene Statur im israelisch-palästinensischen Konflikt und ist bemüht, sich neben den USA, Russland, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen als Vermittler (das „Mediationsquartett“) zu profilieren. Wang bereiste vom 18. bis 22. Mai den Nahen Osten und führte Gespräche mit den anderen Nahost-Gesandten ebenso wie mit hochrangigen Vertretern der israelischen Regierung und der palästinensischen Autonomiebehörden.

Der chinesische Sonderbotschafter rief während seiner Reise sowohl die palästinensische als auch die israelische Seite dazu auf, nun den vom Mediationsquartett vorgelegten Friedensplan auch zügig im Geiste des gegenseitigen Gebens und Nehmens umzusetzen. Im Gespräch mit Jassir Arafat begrüßte Wang die Zustimmung der Palästinenser zu dem Friedensplan und zeigte sich zuversichtlich für die Errichtung eines unabhängigen Palästina bis 2005. Neben Arafat, der auf Drängen insbesondere der USA politisch kalt gestellt worden war, traf Wang auch mit dem palästinensischen Premierminister Abu Mazen zusammen.

Gegenüber dem israelischen Außenminister Shalom forderte Wang konkrete Maßnahmen seitens der israelischen Regierung, um die humanitäre Lage in den Palästinensergebieten zu verbessern. Erneut vertrat Wang Shijie die chinesische Position, es solle möglichst bald eine Friedenskonferenz unter Beteiligung aller betroffenen Akteure und unter der Leitung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durchgeführt werden. Im Übrigen müsse die internationale Gemeinschaft dafür Sorge tragen, dass ein effektiver Mechanismus zur Implementierung und zur Überwachung des Friedensprozesses installiert werde.

Im Hinblick auf die größeren Zusammenhänge der Nahostproblematik betonte Wang, der einen Vier-Punkte-Vorschlag der chinesischen Regierung vorstellte, es sei unabdingbar, dass auch die Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon bzw.

Syrien wieder aufgenommen würden. Dies solle frühestmöglich und auf der Grundlage der relevanten Resolutionen des UN-Sicherheitsrates geschehen und des Weiteren dem Prinzip Land für Frieden folgen. Auch hier forderte Wang im Namen der chinesischen Regierung eine stärkere Rolle der Vereinten Nationen. (XNA, 23.5., 29.5.03) -kg-

Innenpolitik

13 SARS: Krisenmanagement der Regierung

Auch im Mai nahm der Kampf gegen SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome) in China, das weiterhin das am schwersten von der Lungenkrankheit betroffene Land ist, großen Platz in der internationalen Medienöffentlichkeit ein. Besonderes Augenmerk galt dem Krisenmanagement der neuen chinesischen Regierung um Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao sowie möglichen Implikationen der Krise auf Reformen im politischen System.

Mit der Amtsenthebung des Beijinger Bürgermeisters und des Gesundheitsministers am 20. April hatte die chinesische Regierung nach monatelanger Verharmlosung eine unerwartete Kehrtwende im Umgang mit der Lungenkrankheit vollzogen. Bei einigen Beobachtern schürte dies Hoffnungen auf einen progressiveren Kurs der zentralen Führung in Richtung auf mehr Transparenz und politische Verantwortlichkeit. Manche Analysten stellten in Bezug auf mögliche politische Folgen der SARS-Krise gar einen Vergleich mit den Auswirkungen des Reaktorunglücks von Tschernobyl im Jahre 1986 auf das kommunistische Regime der Sowjetunion an (vgl. C.a., 2003/4, Ü 10, 11).

Die Regierung sendete im Laufe des Monats Signale, die eine neue Entschlossenheit zu mehr Offenheit und Rechenschaftslegung demonstrieren könnten. Den im April auf höchster staatlicher Ebene erfolgten Amtsenthebungen folgten auch auf lokaler Ebene Hunderte von Entlassun-